



DIE DEMOKRATISCHE ÖFFNUNGSPROZESS Die Vergleichende Analyse der Türkischen Entscheidungsträger auf der Kurdenfrage

Doç. Dr. Murat ERCAN*

Zusammenfassung

Die Kurdenfrage wurde nach dem Angriff von Aktütin auf Tagesordnung der Türkei gestellt. Nachdem Angriff haben die türkischen Entscheidungsträger damit begonnen, über die existenz der kurdischen Frage zu sprechen. Diese Entwicklung ist eine positive Entwicklung für die Türkei. Aber, Obwohl die Regierung wichtige Schritte unternommen hat, um das Problem in der Türkei zu lösen, sollte nicht eine grundlegende und radikale Lösung erwartet werden. Weil die Ansichten und Lösungsvorschläge der Entscheidungsträger und politischen Parteien in türkischen Parlament kompliziert und unterschiedlich sind. Sogar treffen sich die Entscheidungsträger und politischen Parteien auf eine gemeinsame Ansicht für die Lösung des Problems nicht zusammen. Insbesondere bewegt sich die BDP nicht mit der Regierung zusammen. Aber vorallem sollte die Ursache des problems von der BDP und türkischen Regierung mit dem minus und plus gut analysiert werden und beide Parteien für die Lösung des Problems zusammen arbeiten. Einerseits drückt BDP die existenz des problems aus und verteidigt, dass das problem dringend gelöst werden soll, andererseits provoziert die Entscheidung der türkischen Regierung zur Lösung des problems. Aus diesen und anderen ähnliche Gründe scheint es schwer, einen grundlegende und radikale Lösung für diesen problem zu finden. Daher sollte die AKP-Regierung mehr bemühen, um seine Argumentation und Lösungsvorschläge dem türkischen Volk zu erklären. In dieser Arbeit wird die Lösungsvorschläge und Herangehensweise an das Problem der türkischen Entscheidungsträger analysiert. Auch in dieser Arbeit wird die Lösungsvorschläge des Militärs und der Republikanische Volkspartei eingehend geprüft.

Schlüssen Wort: Konflikt, der Türkei, die Kurdenfrage, AKP, CHP, BDP

DEMOCRATIC INITIATIVE PROCESS Comparative Analysis of the Suggestions of Turkish Decision-Makers on the Kurdish Problem

Abstract

PKK and Kurdish question has become the most talked subject after Aktütin attack. And Turkish decision makers have begun to question the existence of the Kurdish problem. However, there is no hopeful with powers solution of problems. Because it is necessary; comparing interested party's proposals solution and views, identifying common views on and labeling which is possible and / or non-points. However, this is not possible to specify to the parties' statements reflect the fact that. Especially, the emergence of the problem that is causing the political, cultural and structural factors in the state with the BDP is not possible to say that the concerted effort. Not reflected in public opinion in general, the government, the main opposition party (CHP) and the Chief of Staff for the solution of the problem is almost consensus opinion. To solve the problem, the biggest responsibility falls to power and has to spend power-intensive effort for the solution of the problem. In this study, we approach the issue of Turkish decision-makers and the proposals solution will be analyzed.

Keyword: Conflict: Turkey, the Kurdish question, AKP, CHP, BDP

* Bilecik Şeyh Edebali Üniversitesi İ.İ.B.F, Siyaset Bilimi Kamu Yönetimi Öğretim Üyesi,
murat.ercan@bilecik.edu.tr



DEMOKRATİK AÇILIM SÜRECİ Kürt Sorunu Konusunda Türk Karar Vericilerin Önerilerinin Karşılaştırmalı Analizi

Öz

Aktütün saldırısından sonra Kürt Sorunu Türkiye'nin gündemine oturmuş ve saldırı sonrası Türkiye'deki karar vericiler Kürt sorununun varlığını konuşmaya başlamışlardır. Her ne kadar Türkiye'de hükümet sorunun çözümü için adımlar atmış olsa da, bu gelişmeler neticesinde sorunun kökten çözüleceğini dair bir sonuç çıkartılmamalıdır. Çünkü gerek parlamentodaki partilerin gerekse parlamento dışındaki partilerin konu ile ilgili çözüm önerileri veya görüşleri analiz edildiğinde bu partilerin sorunun çözümü hususunda ortak bir görüşe sahip olmadığı ortaya çıkmaktadır. Hatta ortak bir görüşe sahip olmaları imkansız gözükmektedir. Özellikle yapılan analizde görülmektedir ki, BDP sorunun sebebini araştırıp karar vericilerle ortak hareket edeceği yerde tam tersine BDP mevcut hükümetle ortak hareket etmemekte ve hatta sorunun çözümünü zora sokmaktadır. Gerek partilerin gerekse Türkiye'deki karar vericilerin sorunun çözümü için ortak bir görüş sergileyememeleri gibi nedenlerden dolayı sorunun yakın bir zamanda çözüme kavuşturulması beklenmemelidir. Sorunun çözümü açısından AKP, CHP ve Genelkurmay farklı çözüm önerileri geliştirseler de sonuçta sorunun bir an evvel çözülmesini istemektedirler. Burada sorunun çözümüyle ilgili olarak en büyük sorumluluk hükümetindir ve mevcut hükümet daha fazla çaba sarfetmelidir. Bu çalışmada Türk karar vericilerinin sorunun çözümü için önerdikleri çözüm önerileri ve Kürt sorununa yaklaşımları analiz edilmektedir.

Anahtar Kelimeler: Türkiye, Kürt Sorunu, AKP, CHP, BDP

EINLEITUNG

"Das Problem, das als das Südostproblem oder das Kurdenproblem genannt wird, ist das wichtigste Problem der Türkei. Es muss gelöst werden". Mit diesem Ausdruck vom ehemaligen türkischen Staatspräsident Abdullah Gül wurde im Mai 2009 ein neues Kapitel in der Kurdenpolitik der Türkei geöffnet. Niemand hatte dieses problem seit Jahren auf die Tagesordnung der Türkei gebracht. Bis diesen Ausdruck von Abdullah Gül wurde diese problem von allen als Terrorproblem oder PKK gewertet. Dieser Ausdruck von Abdullah Gül war ein Wendepunkt in der kurdischen Politik der Türkei, weil zum ersten Mal ein Staatsoberhaupt der Republik öffentlich von einem Kurdenproblem sprach und in der erstmals die wichtigsten Akteure der Kurdenpolitik in Ankara an einem Strang zogen.

Als erster Schritt erlaubte die AKP Regierung die Gründung des kurdischen Fernsehsenders in der Türkei und Öffnung der kurdischen Sprachkurse. Ex Generalstabschef Ilker Başbuğ hat betont, dass die militärische Mittel im Kampf gegen die PKK durch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen flankiert werden müssten. Die türkische Opposition signalisierte ebenfalls ihren Willen zu politischen Schritten, um das Kurdenproblem zu lösen. Seit 2007 verfügen die türkischen Kurden zudem über eine eigene politische Vertretung im türkischen Parlament. Die 21 Abgeordneten der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP/ BDP) bieten sich seit langem als Gesprächspartner des Staates an.

Vor sechs Jahren leuchtete Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan ein grünes Licht für die Lösung dieses problem und sprach er als erster Regierungschef der Türkei öffentlich von einem Kurdenproblem. Diese Haltung Erdoğan's wurde damals von der Armee kritisiert. In der ersten Hälfte dieses Jahres entwickelte sich nun ein neuerlicher Optimismus -begünstigt durch eine enge türkisch-amerikanische Zusammenarbeit beim Kampf gegen die PKK im Nordirak auf militärischem Gebiet sowie durch eine Veränderung des politischen Klimas aufgrund früherer Reformschritte. Erdoğan brachte die Wiedereinführung kurdischer



Ortsnamen für Dörfer im Kurdengebiet ins Gespräch, die insbesondere nach dem Militärputsch von 1980 türkische Namen erhalten hatten. Anfang Juni führte die staatliche Bühne in der osttürkischen Stadt Van als erstes Staatstheater der Türkei ein Stück in kurdischer Sprache auf.

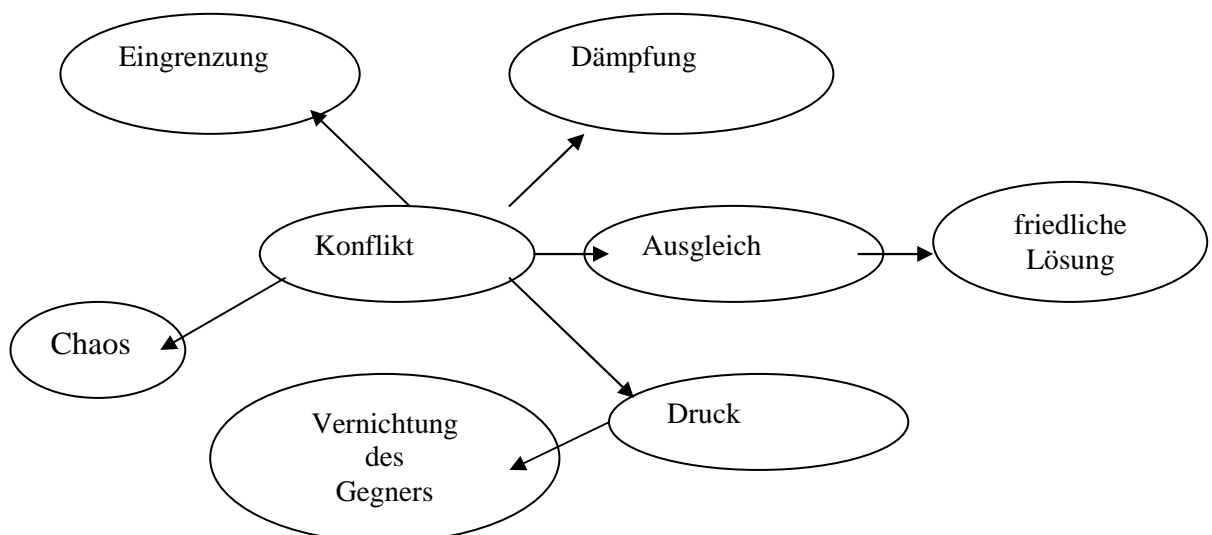
In dieser Arbeit wird die Ansicht der AKP-Regierung, türkische Opposition Parteien mit der Lösung der Kurdenfrage verglichen und analysiert. Außerdem wird auch in der Arbeit diskutiert, ob diese Frage in der Zukunft durch den demokratischen Öffnungsprozess gelöst werden kann.

THEORETISCHER RAHMEN: Die Ursachen der Internen Konflikten

Unter dem Konflikt versteht man den Zusammenstoß von unterschiedlichen Interessen. Jeder Konflikt bringt gegenseitige Beschäftigung und Beeinflussung der Konfliktgegner mit sich, zudem auch die Bindung der Kraft jedes Beteiligten. Konflikte gibt es von der Ebene des Einzelmenschen bis zur Ebene von Großgruppen wie Staaten oder anderen sozialen Gebilde. Interne Konflikte existieren sogar innerhalb eines Lebewesens wie z. B. moralische Konflikte, die häufig in Dramen dargestellt werden. Konfliktverhalten mündet zuweilen in Affekt- oder Übersprungshandlungen.

Konflikte können in unterschiedlicher Intensität ausgetragen werden: als Spiel, als Debatte oder als Kampf bis hin zur Vernichtung eines Beteiligten (Rapaport). Ursachen für Konflikte sind unterschiedlich in der Einschätzung dessen, was für gut und wünschenswert gehalten wird (Gumpenstein, 2008:1).

Möglichkeiten der Konfliktbewältigung



Wie die Akademiker - Ertan Efeğil, Hippler Jochen ve Michael E Brown in ihren Artikel beschrieben, verursachen vier Faktoren den internen Konflikt. Die vier Faktoren sind strukturelle, politische, wirtschaftliche und kulturelle / Wahrnehmische Faktor (Hippler, 1999: 27, Brown, 2001: 10-12). Wenn wir die strukturellen Faktoren betrachten, scheinen diese Punkte als die Ursache von Konflikten; Der Verlust der politischen Legitimität des Staates, Reduzierung



ausländischer Hilfe, Korruption, die administrative Inkompetenz, und die Unfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, Machtkampf zwischen Politikern, Autonomieanforderungen der ethnische Gruppen innerhalb des Staates und die äußere Kräfte(Ahlbrecht, 2009: 33-36). Die solche Ursache, die oben erwähnt wurde, kann die vorhandene Struktur des Staates schwächen und würde den Konflikt innerhalb des Staates führen. Der andere wichtige Faktor ist der politische Faktor, wie strukturelle Faktoren. In den politischen Faktoren befinden sich folgende Punkte, die den internen Konflikt verursachen(Hippler, 1999:427);

- Die diskriminierenden politischen Institutionen
- Die ausgrenzende nationalen Ideologien
- Die Politik Zwischen-Gruppe(ideologische, religiöse oder ethnische Diskurse, übertriebenen Ziele und Sprache und Identität Debatten)
- Die Politik von Eliten (die Anstiftung der ethnischen Gruppen, die internen Probleme zu ignorieren)

An dritter Stelle stehen die wirtschaftlichen Gründen. In den Wirtschaftliche Faktoren werden gezählt(Brown, 2001:14);

- Arbeitslosigkeit und Inflation
- Wettbewerb zwischen Gruppen bei der Verwendung der staatlichen Quellen; Diese Situation verursacht die Reibung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und diese auch fordert den politischen Konflikt zwischen der Gruppen.
- Die diskriminierende Wirtschaftspolitik verursacht die ungleichen wirtschaftlichen Gelegenheit und die ethnischen Diskriminierung.
- Die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung in der Gesellschaft kann die Instabilität und interne Konflikte verursachen.

Kulturelle/ Wahrnehmung Faktoren haben den Vorrang wie andere Faktoren. Die kulturelle Diskriminierung wird gegen die Minderheiten angewandt. Zwischen der Kulturellen Diskriminierung wird folgende Punkte gezeigt(Stephen, 2001:30);

- Die ungleichen Bildungschancen
- Das Gebrauch und Lernen der Minderheitensprache wird beschränkt.
- Die Beschränkung der Religionsfreiheit
- Die Assimilation der Minderheiten
- Die historischen Vergangenheit der Gruppen
- Die ethnischen und religiösen Gründen, die von der Vergangenheit kommt.

Der ethnische Nationalismus, religiösen Extremismus, Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den ethnischen Gruppen, Zunahme der ethnischen und nationalistischen Gefühle und wirtschaftliche und soziale Probleme werden in anderen Ursachen gezählt.

Die Akademiker erklären, dass die Konflikte nicht nur wegen oben genannten Gründen geschehen, sondern auch wegen anderer Gründe vorfallen können. Somit sollten die



Ursachen von Konflikten innerhalb des Staates festlegt und Lösungsvorschläge zur Lösung des Problems identifiziert werden. Aber, allgemeine Wahrnehmung der ethnischen Gruppen in den Staaten ist wie folgt, dass die diskriminierende Politik gegen die Minderheiten getan wird. Daher fühlen sie sich unter dem Druck vom politische Regime. Durch politischen Druck und diskriminierende Politik führen sie zum Aufstand oder verursachen sie landesweit den Konflikt. Am Ende des Konfliktes verlangen sie entweder Unabhängigkeit oder Autonomie von der Zentralregierung. Die Staaten, in der Minderheitgruppen sich befindet, ignorieren vielen Forderungen der ethnischen Gruppen und Sie halten sie aus der Führung des Landesverwaltung. das heißt, dass die Minderheiten vom bestimmten Rechte entzogen werden. Zum Beispiel, während die Verwendung von Minderheitensprachen und die Öffnung der religiösen Schulen erlaubt werden, werden die weiteren Anfragen abgelehnt. Obwohl die These des Multikulturalismus verteidigt wird, zögern die Staaten, die Änderungen an der konstitutionellen Ebene zu machen. Trotz allem können die Staaten die Verwendung der Autorität am administrativen Bereich mit lokalen und zentralen Verwaltung teilen und sogar können die politischen Rechte den Minderheiten gegeben werden.

DIE POLITIK DER TÜRKEI AUF DER KURDENFRAGE

Die Kurdenfrage wurde nach dem Angriff von Dalgıca und Aktütün auf Tagesordnung der Türkei gestellt, wurde deutlich gesehen, dass einige Dinge/ Ideen in der Türkei geändert werden können.(Efeğil, 2010: 228). Darufhin begannen die türkische Entscheidungsträger als erste Schritt mit demokratischen Öffnungsprozess. Mit diesem Öffnungsprozess wurde Viele Begriffe, die bisher nicht in der Türkei ausgedrückt werden konnte, werden nun von der Staatlichen Behörde ausgesprochen und verteidigt(Kurubaş, 2008:12). Zum Beispiel wird die untere (Sub-Identität) und obere (High Identität) Identität in der Türkei durch die autorisierte Behörde diskutiert und sogar, das Konzept der konstitutionellen Bürgerschaft wird zusätzlich zu der neuen Verfassung empfohlen. Neben diesen Entwicklungen wurde die Einrichtung der Kurdologie und Forschungsinstitut in der Türkei erlaubt. Außer diesen Schritten werden von der türkischen Regierung neue Konzepte vorbereitet. Zum Beispiel, durften vorher die kurdischen Filme in den Kinos nicht gespielt werden, aber nach den neuen Regelungen dürfen die Kurden ihre Filme abspielen und in kurdischer Sprache singen(Efeğil, 15.02.2011) Außerdem werden neue Regelungen gemacht, damit die Kurden die kurdische Sprache in den Gemeinden als Dienstsprache nutzen können(Şimşek,2009: 13)

Diese Schritte waren eigentlich vorher in der Tat nicht möglich. Mit der AKP-Regierung wurde die Position geändert. Die Aussage des Chefs des Generalstabs und der Regierung auf dem Gebrauch der einzelnen Grundrechte und Grundfreiheiten wird als innovatives offenes Wort akzeptiert(SETA, 2009: 51) Zumindest beginnen die staatlichen Eliten die Kurdenfrage als Verletzung der demokratischen Rechte zu bewerten.

Doch diese Politik scheint die Fragen der Türkei nicht zu lösen, weil Politiker mit dieser Politik die Identitätserwartung des kurdischen Volkes und ihre politische Forderungen ignorieren. Es reicht nicht, den Kurden manche Rechte zu geben und dieses Problem so einfach zu lösen. Diese Rechte, die die türkische Regierung für die Kurden gab, sind nicht genügend. Für die BDP (ex DTP) und PKK ist wichtig, ihre Identität anzuerkennen und die Gründung ihres eigenen Parlament in der Region zusichern(Tan, 02.11.2010). Diese Ansicht der



kurdischen Parteien und PKK darf von der türkischen Bevölkerung und Regierung nicht akzeptiert.

Zur gleichen Zeit wünscht die Regierung mit Hilfe dieser Maßnahmen die BDP und PKK, die vom Konflikt profitieren wollen, vor der kurdischen Bevölkerung zu schwächen. Mit anderen Worten, berücksichtigt die türkische Regierung die politischen Forderungen der Kurden nicht. Zuerst wünschen die Politiker, die PKK mit den militärischen Methoden zu schwächen und unter ihre Kontrolle zu bringen, dann sozioökonomischen Maßnahmen zu treffen. Schließlich wollen die Politiker die individuellen Rechte und Freiheiten unter dem säkularen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat mit den neuen Rechtsvorschriften verbessern.

Wenn man sich die Meinung von Wissenschaftlern, wie Dogu Ergil anschaut, behauptet er, dass die PKK das kurdischen Volk vertretet. Seiner Meinung nach soll der türkische Staat den politischen Pluralismus zwischen dem kurdischen Volk sicherstellen und neue Eröffnungen für das kurdische Volk machen. Der Lösungsvorschlag der Kurden und der kurdischen Partei(BDP) ist so; der Staat soll erlauben, ihr eigenes Parlament zu gründen. D.h. Sie wollen ihren Staat an diesem Gebiet(Osten der Türkei) gründen. Daneben verlangen sie von der Türkei, dass die Türkei ihre eigenen Identitäten anerkennen soll, sogar in diesen Prozess soll die Türkei ihnen helfen,dass sie ihren eigenen Identitäten weiter entwickeln können. Mit diesen Wörtern(wie oben) bedrohen sie die Türkei. Sie erklären in der Pressemitteilungen mit diesen Wörtern: *Wenn die Türkei die Existenz des kurdischen Volkes weiter ignoriert und ihre eignen Identitäten und ihre Rechte nicht anerkennen würde, kann dieses Problem nicht gelöst werden und dafür werden sie mit ihren Gerilla(Kämpfern) auf den Bergen weiter kämpfen*(Ergil,2008:16) Sowohl kurdische Politiker als auch die rassistische Kurdengruppe sind die Öffnungsprozess der türkischen Regierung nicht. Ihre Argumentation; Erdogan und seine Regierung ist in der Gegenwart der Vollstrecker einer seit Gründung der Republik geführten, rassistischen Politik, mit der versucht wird, die Existenz der in der Türkei lebenden Völker, vor allem des kurdischen Volkes zu ignorieren und assimilieren(<http://tkp-online.com/index.php?id=content&view=section>). Das heisst, dass die türkische Regierung assimillierende politik gegen die Kurden führt. Diese Sätze von rassistische Kurdengruppe kann nicht akzeptiert werden. Weil die Türkei eine Assimilationspolitik gegen die Kurden weder in der Vergangenheit noch heute führte. Diese Sätze werden von rassistischen verwendet, um die internationale Gemeinschaft zu verwirren.

Die Grundlegende politischen Linien der AKP- Regierung

Nachdem Angriff der PKK in Aktütün wurde konkrete und ernsthafte Schritte durch die AK Regierung gemacht, um das Problem der PKK und Terrorismus zu lösen. Vorher wurde die ähnliche Politik von anderen Regierungen versucht. Aber Sie konnten nicht mehr auf das Problem gehen, weil die anderen Regierungen nicht mehr mutig waren. Wenn es noch konkreter ausgedrückt wird, wurde von der derzeitigen Regierung sowohl die Annäherung des kurdischen Problems als auch die ernsthafte und mutige Schritte für die Lösung des Problems gemacht.



Zunächst hat die existierende Regierung, das Problem nicht im Rahmen des Sicherheitsbegriffs als ethnische und separatistische Bewegung bewertet. Die AKP-Regierung akzeptierte das Problem als Verletzung der demokratischen Rechte und verteidigte, dass die Bekämpfung, die mit der Sicherheitskräfte gemacht wurden, ist zu schwach. Die Regierung betonte, dass die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Schritte gemacht werden soll, um das Problem lösen zu können (Efegil, 2010: 229). Mithin wurde die Kurdenfrage erste Mall mit der AKP auf der ersten reihe der Tagesordnung der Türkei eingesetzt. AKP hat dieses Problem auf das Parteiprogramm als ein Problem der Ost und Südost angesprochen und nachher wurde diese Problem als ein Projekt der Kurdenfrage, demokratische Öffnung und der nationalen Einheit und Brüderlichkeit beschrieben. Ehemalige Premierminister/ heute Staatspräsident Erdogan erklärte, dass die Türken durch diesen Projekt mit den Kurden sich versöhnen wird (Kökçe, 2001: 162).

Ex.Premierminister Erdogan wollte nicht, die PKK und BDP eine Rolle in den Prozess der demokratischen Öffnung zu nehmen. Sogar hat Erdogan am 13. Oktober 2009 angekündigt, dass die PKK nicht der Vertreter der Kurden wird. Nach dieser Ankündigung von Erdoğan versuchte die PKK und BDP, den demokratischen Öffnungsprozess der AKP zu blockieren. Darauf erklärte Türkische ex Premierminister ERDOGAN; „wir können es wieder von Anfang machen, wenn es nötig ist“, d.h. Laut Aussage von Erdogan, dass die Prozess der demokratischen Öffnung weiterhin wird (Bila, Milliyet 03.10.2009).

Die Verwaltung der AKP nahm die folgenden Methoden an, um das Problem zu lösen (Efegil, 2010: 229):

- Für die Entwaffnung der PKK soll konkrete Maßnahmen getroffen werden.
- Dann wird für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region gekämpft und das Vertrauen der Bevölkerung in der Region soll gegen den Staat sichergestellt werden.
- Die Wirkung der PKK und BDP soll in der regionalen Politik reduziert.
- Die AKP will durch die Verfassungsänderung die Demokratisierungsprozess, die jeder Teil der Gesellschaft beinhalten würde, verwirklichen.

Die Verfassungsänderung ist nicht nur für die kurdische Minderheit, sondern auch, es soll den Bedarf des anderen Teils der Gesellschaft erfüllt werden, sonst könnte es ein ernsten Problem in der Zukunft für das Land sein. In diesem Zusammenhang trennt die Führung der AKP die Schritte, die gemacht wird, in drei Gruppen. Diese Schritte sind die kurz-, mittel- und langfristigen Schritte (Bulaç, 2010: 241, Star, 30.05.2011). Die kurzfristigen Maßnahmen enthalten folgende Punkte;

- die kurdische Theater,
- die Ernennung der Beamten, die kurdisch Kenntnisse haben,
- das Erlaubnis der kurdischen Sendung in den Medien
- das Erlaubnis der kurdischen Predigt und in den Moscheen.
- Es wird erlaubt, den Name von den Dörfern, Städten und Gemeinde in kurdischer Sprache zu ändern.



In der Mittelfristigen Schritte befindet sich folgenden Punkte:

- die Entwaffnung der PKK und
- die Liquidation der PKK

In diesem Zusammenhang plant die Regierung die, die Türkische Strafgesetzbuchs, Artikel 221 zu ändern. Durch diese Änderung hat die AKP Regierung, die PKK- Militanten, die in den Bergen sind, zu inkapitulieren. In dem Langfristigen Schritte der AKP Regierung befindet sich die Verfassungsänderungen. Mit den Verfassungsänderungen bezweckt die AKP Regierung, eine zivile Verfassung zu schaffen(*Ekspres*, 12 Mayıs 2009).

Zusammengefasst, will die AKP Regierung die sozialen und kulturellen Rechte der kurdischen Bevölkerung im Rahmen der Gesetze unter die Sicherheit zu bringen und dadurch zielt die Regierung, die PKK –Militanten zu entwaffnen. In der nächsten Periode, neben der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung will die AKP Regierung die Menschenrechte, Grundfreiheiten und Minderheitsrechte unter der verfassungsrechtlichen Zusicherung nehmen. So, plant die Regierung, um das Problem zu lösen.

Die Annäherung der CHP an das Problem

Die Annäherung der CHP(Republikanische Volkspartei) an der kurdischen Frage ist seit seiner Gründung bis heute unterschiedlich. CHP zeigte nach dem Scheich Said Aufstand gegen die Kurden eine harte Haltung. Damals hatte CHP des türkischen Nationalismus und Kemalistische Nationalismus verteidigt. CHP hatte seine Haltung nach dem Militärputsch von 1980 geändert und im Jahr 1989-1999 veröffentlichte den Bericht von Tunceli und Südosten. Durch diese Berichte änderte sich die Ansicht der CHP gegen den Südost und damit brach die Partei seine traditionelle link Angesicht gegen die Region und begann radikale Entscheidungen zu treffen.

Der Bericht, der durch die CHP im Jahr 1989 veröffentlicht wurde, enthält folgendes(<http://www.chp.org.tr/>, 12.05.2011):

- Verletzungen der Menschenrechte
- Terror und Gewalt
- wirtschaftliche Rückständigkeit
- Armut
- übermäßige Arbeitslosigkeit
- Unsicherheit
- Identitätskrise

In diesem Bericht wurde erklärt, dass das Kurdenproblem nicht mit dem Terrorismus gemischt werden muss. Auch mit dem Bericht wurde betont, dass die Kurden die Integration mit den Türken nicht gewährleistet haben. Durch die mangelnde Integration wurde das Kurdenproblem als ein Terorprobleme wahrgenommen. Mit dem zweiten Bericht, der im Jahr 1999 veröffentlicht wurden, wurden folgenden punkte diskutiert(www.chp.org.tr, 19 01.1999).



- Die Region wurde unter der terroristischen Druck, Korruption und Ungleichheit zerquetscht.
- Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Rechtlosigkeit und Regellosigkeit verursacht die Ausbreitung des Terrorismus.
- Die Versprechungen, die für die Region gegeben wurde, wurde nicht erfüllt und Projekte und Pakete nicht umgesetzt worden.
- Feudale Struktur und Migrationsfragen in der Region steigert die Probleme.
- Die Zwangsmigration verursacht die Zunahme der Unruhen in der Dörfer Weiler.

Die beiden Berichte, die von der Republikanische Volkspartei(CHP) veröffentlicht wurden, wird betrachtet, scheint die Wirtschaftslage und Menschenrechtsverletzungen als die Quelle des Problems. Wie in den Berichten zu sehen ist, betont die CHP, dass es in der Türkei Demokratisierungsproblem gibt.

Die Lösungsvorschläge der CHP für das Kurdenproblem werden wie folgt sortiert(Sevimay, 2009: 15-16):

- Die Persönlichkeitsrechte müssen geschützt werden.
- Kurdische Identität muss akzeptiert werden, das Verbot der Muttersprache muss behoben werden und der kurdischen Bürger sollten ihre Freiheit gegeben werden.
- Dorfwächtersystems müssen behoben werden.
- Die Verfassungsregelungen müssen nach den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit angemessen werden.
- Der Terrorismus darf nicht in der internationalen Arena Unterstützt werden, dafür sollte der Staat die erforderliche propaganda in der internationalen Arena machen.
- Eine Kommission, in die jede Partei zwei Vertretern schickt, sollte gebildet werden. Diese Kommission sollte sich die Wege für die Lösung des Problems bemühen.
- Die PKK muss entwaffnet und soll im Nordirak liquidiert werden.
- Die Erlassung des Amnestiegesetzes um die Beseitigung der PKK -Terror ist falsch. Aber die Amnestie kann möglich sein, nachdem die PKK vollständig beendet wird.
- Abdullah Öcalan darf nicht als Gesprächspartner für die Fertigstellung des Terrorismus angesehen werden.
- Die militärische Operation muss gestoppt werden.
- Die Ausländische Macht, die die PKK- Terror unterstützen, sollte identifiziert werden und mit denen musste gekämpft werden.

Wie man sehen kann, obwohl CHP radikale Entscheidungen auf die Lösung des Problems getroffen hat, gibt es aber in der Praxis Unterschiede. Aber wenn diese Vorschläge von der Regierung an die Tagesordnung der Türkei gebracht wird, kritisiert die CHP diese Vorschläge. Es wird davon ausgegangen, dass die CHP eine pessimistische Haltung für die Lösung des Problems zeigt. während die CHP einer Seit verschiedenen Berichte um die Lösung des Problem veröffentlicht, anderen Seit kooperiert die CHP nicht



mit anderen Entscheidungsträger, um das Problem zu lösen. Wegen dieser uneinheitlichen Haltung der CHP können sowohl die Kurden als auch die Türken der Republikanischen Volkspartei nicht vertrauen. Vor allem die Kurden wollen von der CHP die ernsthafte Haltung zu zeigen.

Die Annäherung der Generalstab an die Kudenfrage

Vorsitz des Generalstabes zeigt keine Reaktion gegen den demokratischen Öffnungsprozess, wenn es keine von einigen der roten Linien des Staates verletzt wird. Vor allem bewertet das Militär dieses Problem als Sicherheitsproblem und glaubt, dass die einigen ethnischen separatistischen Bewegungen auf der Grundlage des Problems sich befindet. als die Ursache des Problems zeigt der Generalstab die wirtschaftliche Rückständigkeit und die mangelnde Bildung der Region. Neben dieser Aussage betont der Generalstab, dass das Problem wegen der Tribal Kriegsherren und falschen Politik nicht gelöst werden kann. Laut der Erklärung des Generalstabs leben die kurdischen Bevölkerungen die Schwierigkeiten aufgrund dieser lückenhaften(Özkan(Star), 05.10.2009, Zaman, 26.08.2009).

Der Generalstab lehnt Verfassungsänderung stark ab. Nebenbei widersetzt sich der Generalstab einer anderen Sprache(außer Türkisch), die als Amtssprache anerkannt wird und der Generalstab bejaht nicht die Abstreichung des Begriffs des Türkisch von der Verfassung. Generalstab erklärt, dass der folgende Punkt ausreicht, um das Problem zu lösen:

- Auf individueller Basis kann die Grundrechte und Grundfreiheiten anerkannt werden.
- Die soziale und wirtschaftliche Struktur der Region kann gestärkt werden.
- Die PKK muss seinen bewaffneten Kampf beenden.

Das Militär betont, wenn die PKK den bewaffneten Kampf nicht beendet, werden die Operationen fortsetzen, bis die letzte Terrorist getötet. Das Ziel der militärischen Operationen ist; erstens werden die Operationen für die Sicherheit der Menschen der Region durchgeführt. Zweitens werden die Operationen gemacht, um die Bevölkerung der Region vom Druck der PKK zu retten. Auch der Generalstab ist dagegen, die Generalamnestie für die PKK zu erlassen(Başbuğ, 29.04.2009, Efeğil 2011) . Der Generalstab akzeptiert auch, dass diese Problem nicht nur mit der militärischen Operationen gelöst werden kann und verlangt von der Regierung, die notwendigen Schritte für die Anerkennung der sozialen, kulturellen Rechte und wirtschaftlichen Wohlstand der Region zu starten. Der Generalstab sieht der Kontakt mit allen Arten von BDP nicht positiv und warnt die Regierung darauf, die rote Linie des Staates zu beobachten.

Die Annäherung der BDP und Legalen Kurdischen Parteien

HEP und dessen Nachfolger Parteien (DEP =Demokratische Partei, HADEP=Die Demokratische Partei des Volkes, DEHAP=Demokratische Volkspartei, DTP= Partei der demokratischen Gesellschaft und BDP= Partei Für Frieden und Demokratie) verteidigen, dass das Verständnis des Nationalismus auf der Grundlage der Kurdenfrage liegt und als der Hauptverantwortliche zeigen diese Parteien die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik. Diese Parteien verlangen von den politischen Behörden, die Definition der Konstitution von



Identität, die in der derzeitigen Verfassung stattfindet, wieder zu korrigieren. Diese Parteien determinieren, dass die Staatsbürgerschaft der Republik als die oberen Identität seien sollte.(Efeğil, 2010: 234)

Von Zeit zu Zeit ist die Forderungen unterschiedlich zu seien, drücken sie aus, dass der Begriffs der Nation wieder definiert werden sollte. Nebenbei werden die folgenden Punkte von kurdischen Parteien ständig auf die Tagesordnung der Türkei gebracht:

- Die Ausbildung in der Muttersprache soll vorgesehen werden
- Die regionalen lokalen Verwaltungen sollten gestärkt werden.
- Der Staat sollte seinen Bürgern vertrauen, und das Volk soll nicht als schuldig erklärt werden.
- Das System der Dorfschützer soll abgehoben werden und für die Dorfschützer soll neue Job zur Verfügung gestellt werden.
- Die Gelände soll von der Mine gereinigt und zur Landwirtschaft geöffnet werden.
- Der regionalen Bevölkerung soll seine kulturelle Rechte gegeben werden.
- Die Anerkennung der Autonomie für die Region.
- Die Entlassung von Abdullah Öcalan aus dem Gefängnis und die Rückgabe seinen politischen Rechten.
- Generalamnestie für PKK.
- Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region soll gesichert werden(Güney, 2011: 66, Hürhaber, 11.05.2011).

Laut der Ansicht der BDP(Frieden und Demokratie Partei) ist am wichtigste innerhalb von diesen Punkte, dass Abdullah Öcalans aus dem Gefängnis entlassen und ihm seine politischen Rechte zurück gegeben wird. Für die Frieden und Demokratie Partei ist der einzige Weg zur Lösung dieses Problems die Freisetzung Öcalans, Generalamnestie für PKK und die Anerkennung der regionalen Autonomie. Nach der Meinung von der BDP kann dieses Problem nur so gelöst werden, wenn diese drei Punkte erledigt werden kann. Sonst kann das Problem nicht gelöst werden.

Von den Anfragen der Frieden und Demokratie Partei wird so verstanden, dass diese Partei das kurdische Volk nicht vertritt. Sie werden so wie als Vertreter der PKK und Terroristen gesehen. Sie berücksichtigen das kurdische Volk nicht. Sie tun, was PKK ihnen sagt. So kann man keine Lösung finden, um das Problem zu lösen. Für die Lösung des Problems soll BDP nicht mit Kandil kontaktieren, sondern sollte die Forderung des kurdischen Volks berücksichtigen

DIE ANSICHTEN UND LÖSUNGSVORSCHLÄGE DER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

Um die Reaktionen und Lösungsperspektiven besser verstehen zu können, wäre es nützlich, wenn wir die Meinungen Ansichten und Forderungen der türkischen Entscheidungsträger vergleichen und analysieren.



Tabelle 2: Die Ansichten und Lösungsvorschläge der Regierung, Generalstab und CHP[†]

Faktoren	Generalstab	Regierung	CHP (Republikanische Volkspartei)
Strukturell	<ul style="list-style-type: none"> - Assimilation Politik gegenüber ethnischen Gruppen wurde nicht überwacht - Diskriminierende Politik gegenüber den ethnischen Gruppen wurde nicht überwacht - Es gibt ethnischen separatistischen zentriert Politikbewegungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ethnische Diskriminierung und Assimilation Politik wird nicht durchgeführt. - Es gibt Demokratisierung und Menschenrechtsverletzungen - Das Gebiet ist als Sozioökonomisch rückständig 	<ul style="list-style-type: none"> - Ethnische Diskriminierung in der Türkei nicht in Frage. - Es gibt Menschenrechtsverletzung. Deshalb ist die Kurdenfrage eine Demokratie und Entwicklungsprobleme
Politik	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitsstaat und die nationalstaatlichen Strukturen des Staates kann nicht die Rede sein. 	<ul style="list-style-type: none"> - PKK ist eine terroristische Organisation. Als Gesprächspartner kann nicht sein. - Bestehende politische Ordnung kann nicht in Frage gestellt werden. Aber kann das verfassungsmäßige Bürgerschaft Recht durchgeführt werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Die ethnische Identität zum Ausdruck bringen, stellt keine Bedrohung für die nationale Einheit - Einheitlichen Struktur, und die nationalstaatlichen Struktur kann nicht diskutiert werden - Die Bestehende Ordnung darf nicht geändert und diskutiert werden. - Der Terrorismus kann nicht akzeptierbar
Kulturell	<ul style="list-style-type: none"> - Jeder muss die gesellschaftliche Identität als eine gemeinsame Identität annehmen, und die kulturelle Identität wird als zweite Identität ausgedrückt. -Es sollte ermöglicht werden, Grundrechte und Grundfreiheiten zu entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> - Jeder sollte Grundrechte und – Freiheiten haben, aber diese Rechte dürfen nicht als Gruppen oder kollektive Rechte bewerten werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Die kulturellen Rechte müssen im weitesten Sinne geschützt werden. - Kollektive Rechte, oder kurdische Sprache als Amtssprachen auszudrücken darf nicht akzeptiert werden.

[†] Alle Ansichte, die in der Tabelle sind, wurden von der Zeitungen, Berichte und Pressemitteilung der Parteien vorbereitet. Trotzdem Siehe für die Meinungen: www.bdp.org.tr/, www.chp.org.tr/, www.akparti.org.tr/, www.tsk.tr/.



Sozial	- Die sozialen Bedingungen der Menschen sollen verbessert werden.	- Sozialen Bedingungen der Menschen sollte in der Region verbessert werden. - Bildung und Gesundheitssystem sollte in der Region verbessert werden.	- Sozialen Bedingungen der Menschen in der Region sollte korrigiert werden.
Ökonomik	-GAP(Süd-Anatolien-Projekt) sollte umgesetzt werden.	- GAP(Süd-Anatolien-Projekt) sollte umgesetzt werden. - Für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme muss Lösungen gefunden werden	- Die Existenz des Sozialstaates soll in der Region gefühlt werden und dauerhafte Lösung für das Problem Arbeitslosigkeit, Verarmung und sozialer Ungleichheit gefunden werden
Militär	-Militärische Operationen Sollten fortgesetzt werden	- Für die Schwächung von PKK ist unbedingt militärischen Methoden erforderlich	- Die erforderliche Begnadigung für die Schwächung von PKK kann nur nach der Auflösung von PKK möglich sein.

In der letzten Zeit gibt es einen allgemeinen Konsens zwischen den staatlichen Institutionen, um die Lösung der Kurdenfrage. Der Generalstab, die Regierung und CHP lehnen der genannten Assimilationspolitik gegen die Kurden ab. Sie erklären, dass keine Assimilationspolitik gegen die Kurden gemacht wird. Nach der Meinung der Regierung und der CHP liegt auf der Grundlage des Problems die sozi-ökonomischen Rückständigkeit und Menschenrechtsverletzungen. Obwohl der Generalstab keine klare Erklärung über die konstitutionelle Staatsbürgerschaft gemacht hat, erklären die Regierung und CHP, dass unbedingt verfassungsrechtliche neue Regelungen auf dieses Thema gemacht werden sollen.

Diese drei Institutionen sind dagegen, über die Struktur des Staates zu diskutieren, aber sie stützen darauf, dass die kulturellen Rechte für alle anerkannt werden sollen und behaupten darauf, dass die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in der Region dringend verbessert werden müssen(Gül, 2009:9). Sie sind gegen eine allgemeine Begnadigung für PKK und sie verteidigen die Notwendigkeit der militärischen Methoden.



Tabelle 3: Die Ansicht zwischen BDP und staatlichen Institutionen.[‡]

Fak toren	Staatliche Institutionen	BDP
Struktur	- Leugnung der Existenz der Kurden und es gibt keine Assimilation Politik. - Es gibt die Verletzungen der Menschenrechte und sozi-ökonomischen Rückständigkeit	- Es gibt die Leugnung der Existenz der Kurden und wird die Assimilation Politik gemacht.
Politik	- Die national staatliche Struktur des Staates darf nicht diskutiert werden. - Der Begriff der Konstitutionellen Staatsbürgerschaft ist akzeptabel.	- Der PKK-Führer Abdullah Öcalan ist Gesprächspartner. - Den Kurden sollten die Selbstbestimmungsrecht gegeben werden - Die politischen Parteien, die ethnische Struktur hat, sollten geschaffen werden
Kulturell	- Für den Kurden sollten die kulturelle ethnische Rechte anerkannt werden.	- Die Kollektive und die gemeinsamen kulturellen Rechte muss anerkannt werden - Kurdisch sollte Amtssprache sein.
Sozial	- Die sozialen Bedingungen in der Region sollten verbessert werden	- Die soziale Bedingungen der Region sollten unbedingt verbessert werden
Wirtschaft	Die wirtschaftlichen Bedingungen der Region sollten unbedingt verbessert werden	- Die wirtschaftlichen Bedingungen der Menschen in der Region sollte berücksichtigt und verbessert werden.
Militär	- Die allgemeine Begnadigung ist unmöglich. - Bestehende Gesetze sollte neue geregelt werden.	- Als Gegenseitig sollten die Waffen zum Schweigen gebracht werden und politischen Verhandlungen gestartet werden. - Die allgemeine Begnadigung sollte gebracht werden. — Die PKK sollte begnadigt werden und deren Teilnahme an der sozialen und politischen Umgebung gesichert werden sollten und die notwendigen Regelungen gemacht werden.

Es gibt die tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen BDP und staatlichen Institutionen auf dem Thema politische und kulturelle Faktoren und Begnadigung für die PKK. Während die staatlichen Institutionen die Assimilation Politik ablehnen, akzeptieren sie auch die demokratische Autonomie wie den Begriff kollektive kulturelle Rechte nicht. Abgesehen von diesen Fragen fordert die BDP für die PKK eine allgemeine Begnadigung und schlägt die Politisierung der PKK vor (Türk, 25.08.2008). Die staatlichen Einheiten sind absolut gegen diese Anforderungen der BDP. Beide Seiten verteidigen die ähnliche Ansicht auf dem Thema wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region.

[‡] Siehe für die Meinungen; www.bdp.org.tr/, www.chp.org.tr, www.akparti.org.tr.



Tabelle 4: Die Ansichten zwischen der staatlichen Institutionen, BDP und Wissenschaftler[§]

Faktoren	Staatliche Institutionen	DTP- BDP	Wissenschaftler
Struktur	-Es gibt keine Leugnung der Existenz der Kurden und wird auch keine Assimilationspolitik gemacht. -Verletzungen der Menschenrechte und der sozi-ökonomischen Bedingungen der Rückständigkeit	- Existenz der Kurden wird ignoriert und wird Assimilationspolitik gemacht.	-Die sozi-ökonomische Rückständigkeit und die individuelle kulturelle Rechte werden in der Region Einschränk. -Nach Liberal kurdischen Wissenschaftlern wird die Existenz der Kurden gelehrt und Assimilationspolitik gemacht.
Politik	-Die National staatliche Struktur darf nicht diskutiert werden. -Konstitutionelle Staatsbürgerschaft kann akzeptiert werden.	- Abdullah Öcalan ist der PKK Führer und er ist Gesprächspartner der PKK -Den Kurden sollten die Selbstbestimmungsrechte gegeben werden, -Die Ethnische politischen Parteien sollten geschaffen werden	-Der Begriff der Konstitutionellen Staatsbürgerschaft sollte akzeptiert werden, -für die Kurden sollten erlaubt werden, ihre eigenen Parteien gründen zu können.
Kulturell	-Die individuelle kulturelle Rechte sollten erkannt werden.	-Kurdisch sollte als Amtssprache akzeptiert werden, -Die gemeinsame kulturelle oder kollektive Rechte muss anerkannt werden.	—Die kulturelle Rechte und die lokale Autonomie sollten anerkannt werden, und diese Rechte sollten auf die lokalen Autonomie übertragen werden
Sozial	- Die sozialen Bedingungen der Region sollte verbessert werden.	-Die sozialen Bedingungen der Region sollte verbessert werden.	- Die sozialen Bedingungen der Menschen in der Region sollten verbessert werden.
Wirtschaftlich	- Die wirtschaftlichen Bedingungen der Region sollten verbessert und erhöht werden.	- Die wirtschaftliche Bedingungen der Menschen in der Region sollten berücksichtigt und verbessert werden.	- Die regionale Entwicklung sollte sichergestellt werden.
Militär	-Die allgemeine Begnadigung ist unmöglich, -Bestehende Gesetze sollte neue geregelt werden.	- Als Gegenseitig sollten die Waffen zum Schweigen gebracht werden und politischen Verhandlungen gestartet werden. -Die allgemeine	- Die Operationen sollten gestoppt werden. -Die PKK muss ihre Angriffe aufhören und ihre Waffen verlassen. -Die allgemeine Begnadigung

[§] Siehe für Meinungen: Pressemitteilung vom Generalsekretär der CHP (Algan Hacaloğlu), Van TV'de, 28. 10. 2008, www.chp.org.tr; CHP, Die Lösung sollte die Gesellschaft integrieren", Berichte, 01.06.2009, www.chp.org.tr; Bericht der CHP Osten und Südosten, 01.01.1999, www.chp.org.tr, 19 Ocak 1999, 03.06.2010.



		Begnadigung sollte gebracht werden. -Die PKK sollte begnadigt werden und deren Teilnahme an der sozialen und politischen Umgebung gesichert werden sollten und die notwendigen Regelungen gemacht werden -Die PKK sollte politisiert werden.	ist erforderlich.
--	--	--	-------------------

Nach der Meinung der Wissenschaftler und BDP liegen auf der Grundlage des Problems die Leugnung der Existenz der Kurden und die Assimilationspolitik. Alle drei Akteure akzeptieren, dass die Menschenrechtsverletzungen sozio- ökonomische Rückständigkeit diese Frage negativ auswirkt (Milliyet 15.04.2009). Aber die staatliche Institutionen und die Wissenschaftler sind gegen die Anerkennung des Rechts auf Autonomie und Selbstbestimmung. Zur gleichen Zeit wollen die Wissenschaftler und staatliche Einheiten, dass die Individuelle kulturelle Rechte unter verfassungsrechtlicher Sicherheit gebracht wird und der neue Staatsbürgerschaftsbegriff von jedem akzeptiert wird. Vertragsparteien verteidigen die ähnliche Ansicht, d.h. die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Region. Nur auf der PKK gibt es bei allen Parteien Meinungsverschiedenheit. Die staatlichen Einheiten sind gegen die Begnadigung der PKK aber die BDP fordert eine allgemeine Begnadigung, die für die PKK Führer Abdullah Öcalan gilt (Demirtaş, 10.02.2010). Auch die Wissenschaftler sehen die allgemeine Begnadigung erforderlich zwar sie unterstützen es nicht, dass die Begnadigung für die PKK Führer gilt.

ZUSAMMENFASSUNG: Die Schritte, die unbedingt gemacht werden sollen

Trotz der oben erwähnte Lösungsvorschläge und Bemühungen scheint es schwierig, dieses Problem mit friedlichen Wege und grundlegend zu lösen. Weil dieser Konflikt jahrelang dauerte und während des Konfliktes haben Zehntausende Menschen seine Leben verloren und beim Konflikt verkrüppelt. Nach staatlichen Repressionen und vielen Anschlägen der PKK-Rebellen wird es schmerzhafter Zugeständnisse aller Beteiligten bedürfen. In diesem Fall und Prozess ermöglicht weder die Türkei und Türkische Bevölkerung die Teilung des Staates, noch rassistischen Kurdengruppe verziehen sie sich nicht auf ihren Unabhängigkeitideen. Deswegen scheint es schwierig, kurzfristig dieses Problem zu lösen.

Längst nicht in allen Bereichen ist erkennbar, wie diese Kompromisse aussehen könnten. So ist die grundsätzliche Frage unbeantwortet, wie das für Ankara unabdingbare Festhalten am zentralstaatlichen Prinzip mit der Forderung der BDP und der PKK nach einer Autonomie für die Kurden vereint werden kann. Ob dieses Problem im Zuge der Arbeiten an einer neuen türkischen Verfassung ausgeräumt werden kann, steht nicht fest.

Wir können die Schritte, die unbedingt gemacht werden sollen, so wie untenen tabelle auflisten;



Tabelle 5

Faktors	Die Lösung Vorschläge
Struktur	- Integration muss in jeden Bereich sichergestellt werden. - Es gibt in der Region Menschenrechtsverletzungen, sozio- ökonomische Rückständigkeit, diese Frage sollten verbessert werden.
Politik	- Die Politiker sollten nicht die reiche und Elite Menschen als Gesprächspartner akzeptieren, sie sind so wie so reich und sie haben eine Ideologie. Wichtig ist die Menschen, die arm und Lebensstandart wenig sind. Die Politiker sollten direkt mit den regionalen Menschen kontaktieren.
Kulturell	- Die kulturellen Rechte müssen im weitesten Sinne geschützt werden
wirtschaftlich	- Die Bedingungen der Region sollten berücksichtigt werden, und neue Entwicklungsprogramme vorbereitet.
Sozial	- Die soziale Struktur der Region muss korrigiert werden.
Militärisch	- Die PKK soll den Konflikt beenden und sie sollen von den Bergen zurück nach Hause kommen. Die nach Hause zurückkommenden Menschen sollen zur Gesellschaft gewonnen werden.

Viel wird davon abhängen, inwieweit der türkische Staat es vermag, den kurdischen Osten und Südosten des Landes aus seiner Armut und sozialen Rückständigkeit zu befreien. Hoffnungslosigkeit und hohe Arbeitslosigkeit treiben Extremisten immer neue Rekruten zu. Aber, obwohl der Kurdenkonflikts in der Türkei heute noch weiter geht, ist besser als je zuvor. Zumindest wurde das Vorhandensein des Problems angenommen und von der Staatsspitze Lösungsvorschläge entwickelt. Die Regierung machte die notwendige Fortschritte in den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereiche. Noch versucht die Regierung unter dem demokratischen Öffnungsprozess, neue Schritte für die Lösung des Problems zu nehmen. Gleichzeitig werden die Kurden erstmals über eine demokratisch legitimierte Vertreter in türkischen Parlament vertreten. Die internationale Unterstützung für die Rebellen ist stark zurückgegangen.

Heute zu tage wird beim demokratische Öffnungsprozess eine Unterbrechung beobachtet. In den vergangenen Jahren beharrtet Tayip Erdoğan und seine Arbeitskollegen auf die Kontinuität des demokratischen Öffnungsprozesses. Aber heute musste sie wegen kommenden Wahl zurück zurück stellen. Weil MHP und BDP laut der Meinungsumfragen seine Stimmenprozentsatz erhöht und Stimmenprozentsatz der AKP ist zurück gegangen. Diese Erhöhung MHP und BDP richtet ihn in die nationalistische Ausdrückung. Man sich sicher, dass wenn die AKP bei der Wahl seine Stimmenprozentsatz erhöhen und von der Wahl als erste Partei gewinnen, würde die Öffnungsprozess wo er aufgehört hat, weiter.



Literaturverzeichnis

- Ahlbrecht, Kathrin und Meyers, Reinhard, *Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System*, Wiesbaden: VS Verlag, 2009.
- Baki, Gül, “Mit wem wird die Kurdenfrage gelöst?“, in: *Gündem*, 2009.
- Başbuğ, İlker, gazetecilerle yaptığı basın toplantısında Kürdistan ve genel af konusunda basın açıklaması, Analiz TV, 29 Nisan 2009.
- Bila, Fikret, “Gerekirse Sil Baştan Yaparız” in: *Milliyet*, 23 Ekim 2009, <http://www.milliyet.com.tr/Arsiv>, 12 April 2011.
- Brown, Michael E, “The Causes of Internal Conflict. An Overview”, Brown, Michael, E. u.a. (Hrsg.), *Nationalism and Ethnic Conflict*, Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, 2001.
- Doğu, Ergil, „Wie wird die Kurdenfrage gelöst?“, in: *Tempo*, Nr.9/2008.
- Efeğil, Ertan, „ AK Parti Hükümetinin Kürt Sorununa Yaklaşımının Analizi“, Cüneyt Yenigün ve Ertan Efeğil (Hrsg.), *Türkiye'nin Değişen Dış Politikası*, (Ankara: Nobel Yay., 2010), S. 227–244.
- Efeğil, Ertan, “Türkiye, Kürt Sorununa Çözüm Bulabilir mi? Karar Vericilerin Önerilerinin Karşılaştırmalı Analizi”, <http://www.setav.org>, 15.02.2011.
- Evera, Stephen Van, “Hypotheses on Nationalism and War”, Michael E. Brown and others, (Hrsg.) *Nationalism and Ethnic Conflict*, Londra: MIT Press, 2001.
- Güney, Enis, *Cumhuriyet Türkiye'si Kürt Sorunu*, Bilecik: Bilecik Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Kamu Yönetimi Anabilim Dalı Yüksek Lisans tezi, 2011.
- Hippler, Jochen, “Konflikte und Krisenprävention“, Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.) *Globale Trends 2000: Fakten, Analysen, Prognosen*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, S. 421.437.
- Kökce, Halime, *AK Parti ve Kürtler*, İstanbul: Okur Yayınları, 2001.
- Kurubaş, Erol, “Die ethnische Fragen: Nation – Staat und die Beziehungen Zwischen der Ethnische Gruppen“, in: *Doğu- Batı*, Nr.44, 2008.
- Özkan, Fadime, „Asker muhalefetten çok daha rasyonel“, in: *Star Gazetesi*, 5 Ekim 2009.
- Sevimay, Devrim, Süreç, Kürt Sorununda 29 Temmuz sonrası Tartışmalar, İstanbul: Özgür Yayınları, 2009.
- SETA, *Türkiye'nin Kürt Sorunu Algulaması*, SETA Yay., 2009.
- *Soruları ve Cevapları İle Demokratik Açılım Süreci*, Ankara: AK Parti Tanıtım ve Medya Başkanlığı, 2010.
- Susanne, Gütsen, “Die Kurdenfrage in der Türkei”, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39–40/2009, <http://www.bpb.de/publikationen>, (10 November 2010).
- Tan, Altan, „Kürtler ne istiyor?“ <http://www.dunyabulteni.net/index.php?>, 2 November 2010.
- TSK, “PKK'yı askeri olarak bitiremeyiz”, <http://www.t24.com.tr/haber> 12 Mai 2011.
- Türk, Ahmet, „Der Staat und wir sollen uns ändern“. Interview in TRT 1, 25. August 2008.
- Yurdagül, Şimşek, „Drei-Stufen-Plan von der AKP“, in: *Radikal*, 16 August, 2009.
- DTP'nin çözüm önerisi belli oldu: Öcalan'la görüşmelere başlansın“ in: *Zaman*, 8 Juli 2009.



AKADEMİK BAKIŞ DERGİSİ
Sayı: 49 **Mayıs – Haziran 2015**
Uluslararası Hakemli Sosyal Bilimler E-Dergisi
ISSN:1694-528X İktisat ve Girişimcilik Üniversitesi, Türk Dünyası
Kırgız – Türk Sosyal Bilimler Enstitüsü, Celalabat – KIRGIZİSTAN
<http://www.akademikbakis.org>



- Genelkurmay Başkanlığı eleştirilere cevap verdi“ in: *Zaman*, 26 August 2009, <http://www.zaman.com.tr/haber>, 10 Mai 2011.
- “Kürtçe seçmeli ders oluyor“ in: *Objektifhaber*, <http://www.objektifhaber.com>, 1 Mai 2011.
- Raporlar,“CHP’nin Kürt sorununun Çözümü için yayınladığı raporlar”,1989, <http://www.chp.org.tr/>, 12 Mai 2011.
- “Son terörist kalıncaya kadar mücadele” in: *Sabah*, , 12 Oktober 2009.
- Yeni Kürt açılımında üzerinde durulan "Almanya Modeli" önerisi neler içeriyor? “İşte AKP'nin yeni Kürt açılımı”, in: *Ekspres*, 12 Mai 2009.